

Zur Lage der Soziologie: Überlegungen zu den Auswirkungen der aktuellen Hochschulpolitik

Marquardt, Uwe

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Marquardt, U. (2005). Zur Lage der Soziologie: Überlegungen zu den Auswirkungen der aktuellen Hochschulpolitik. *Sozialwissenschaften und Berufspraxis*, 28(2), 234-249. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-38585>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Zur Lage der Soziologie

Überlegungen zu den Auswirkungen der aktuellen Hochschulpolitik

Uwe Marquardt

1 Aktuelle Maßnahmen zur Umstrukturierung der Sozialwissenschaften

Im Rahmen einer empirischen Untersuchung zur Situation der Soziologie an deutschen Hochschulen von Knoll, Meyer und Stockmann (2002) wurden die Fachbereiche um Auskunft über die vermutete zukünftige Entwicklung der Soziologie gebeten. Zu diesem Zweck wurde nach Veränderungen im Lehrangebot des Faches Soziologie innerhalb der kommenden fünf Jahre gefragt. Den Abbau oder die Schließung sozialwissenschaftlicher Lehrangebote erwarteten insgesamt ein Fünftel der Universitäten; dem stand die Erwartung eines Aus- oder Aufbaus an fast der Hälfte der Hochschulen gegenüber.

Die tatsächliche Entwicklung verlief allerdings anders: Bisher ist mindestens an vierzehn Hochschulen die Soziologie aktuell von Sparmaßnahmen oder Umstrukturierungen betroffen, durch Einstellung von Studiengängen, durch Nichtbesetzung von Professuren oder durch Fusion. Es handelt sich um die FU Berlin, die TU Berlin, die Universitäten Bonn, Duisburg-Essen, die Fernuniversität Hagen, die Universität Hamburg, die TU Hannover, die Universitäten Kiel, Konstanz, Münster, Potsdam, Saarbrücken, Siegen und Wuppertal. Im Nachbarfach Politikwissenschaft sind die TU Berlin, die Universität Dortmund und die Universität München in der Diskussion. Ferner sind außeruniversitäre Forschungseinrichtungen betroffen, z.B. in NRW durch Streichung des Landeszuschusses für das ISO Institut zur Erforschung sozialer Chancen Köln (was zu dessen Schließung geführt hat) und Kürzung des Zuschusses für das IAT Institut Arbeit und Technik Gelsenkirchen.

Diese aktuelle Entwicklung, die tendenziell auch andere geistes- und gesellschaftswissenschaftliche Fächer betrifft, wird zum Anlass genommen, im Folgenden die hochschulpolitischen Rahmenbedingungen des Faches zu beschreiben. Dabei wird exemplarisch überwiegend auf die Entwicklung in NRW eingegangen.

2 Studium

2.1 Studiengänge

Die Struktur der in den Sozialwissenschaften angebotenen Studiengänge ist heterogen. Ursprünglich wurde die Soziologie (wie die Politikwissenschaft) als Hauptfach oder Nebenfach mit der Promotion, später mit dem Magister abgeschlossen. Daneben entwickelten

Editorial

aus dem letzten Heft der „ISO Informationen“ (Nr. 13, 2004) ^(*)

Liebe Leserin, lieber Leser,

in dieser letzten Ausgabe der ISO-Informationen müssen wir Ihnen mit großem Bedauern mitteilen, dass unser 1971 von René König gegründetes ISO Institut zur Erforschung sozialer Chancen zum Jahresende geschlossen werden muss. Das nordrhein-westfälische Ministerium für Wissenschaft und Forschung (MWF) hat durch das Aufkündigen der Grundfinanzierung dem Institut die Chance verweigert, seine praxisnahe Grundlagenforschung über Gründe und Folgen der in unserer Gesellschaft immer tiefer werdenden Gräben sozialer Ungleichheiten weiterzuführen. Die Schließung erfolgt, obwohl das ISO 2000/2001 - auf Betreiben des MWF - nach den Kriterien des Wissenschaftsrats als sehr erfolgreich bewertet wurde, es auch international einen guten Ruf in den Forschungsfeldern Beruf, Weiterbildung, Arbeitszeit, Organisationsentwicklung und Nachhaltigkeit genießt und nicht zuletzt die Einwerbung von Drittmitteln kontinuierlich gestiegen ist.

Um einen Flurschaden für die Chancenforschung durch eine abrupte Einstellung der Forschungsarbeit zu verhindern, haben Vorstand und Institutsleitung seit Ende 2003 in Rückkoppelung mit dem Ministerium in vielen Verhandlungen Integrationsperspektiven mit der Universität Duisburg-Essen entwickelt. Doch wir mussten hinnehmen, dass es auch für eine Übergangsförderung dieser Auffanglösung vom MWF keine zusätzlichen Mittel geben würde. Weder konstruktive Vorschläge und kollegiale Unterstützung der Universität in einer für sie selbst schwierigen Umstrukturierungsphase noch Proteste des wissenschaftlichen Beirats konnten die Stilllegung des ISO verhindern. Dennoch ist es den Wissenschaftlern gelungen, ihre Forschungsthemen und Projekte in den Kontext anderer Institutionen zu übertragen, auch wenn ihre Beschäftigung noch nicht in jedem Fall gesichert ist. Trostlos ist allerdings die Perspektive der langjährig im ISO tätigen nicht-wissenschaftlichen Mitarbeiter: Sie werden arbeitslos.

Am Ende bleibt mir nur, der Belegschaft zu danken, die den Niedergang (die „ordentliche Abwicklung“) des ISO gemeinsam mit der Geschäftsführung mit großen persönlichen Enttäuschungen bewältigen musste, den Beirat zu würdigen, der das ISO stets kritisch und kollegial begleitet hat, und dem Vorstand für seine unermüdliche Arbeit für die Erhaltung des ISO zu danken.

Prof. Dr. Walter R. Heinz
Institutsdirektor

^(*) Das komplette Heft, das die Geschichte des ISO sowie die Diskussion um seine Schließung dokumentiert, können Sie downloaden unter: www.bds-soz.de/berichte.html

sich Studiengänge mit dem Abschluss Diplom (Diplom-Soziologe, Diplom-Sozialwirt, Diplom-Volkswirt sozialwissenschaftlicher Richtung, Diplom-Sozialwissenschaftler).

Der eingangs erwähnten Erhebung ist zu entnehmen, dass es 1972 an 42 Universitäten des alten Bundesgebietes soziologische Lehrangebote gab. Im Jahre 2002 konnten an 67 Universitäten sozialwissenschaftliche Studiengänge unter Beteiligung der Soziologie als Haupt- oder Nebenfach studiert werden, darunter 10 Hochschulen in den neuen Bundesländern. An zwei Drittel der Universitäten konnte ein Magisterabschluss mit Soziologie im Hauptfach erreicht werden. Mehr als die Hälfte der Universitäten bot einen entsprechenden Diplomabschluss an. An 83% der Universitäten konnte Soziologie als Nebenfach im Magisterstudiengang gewählt werden. Zu 61% war die Soziologie als Nebenfach an anderen Diplom-Studiengängen beteiligt. An den ehemaligen Gesamthochschulen wurden integrierte Studiengänge (Diplom II) eingerichtet, die auch das Studium der Sozialen Arbeit (Diplom I, vergleichbar mit Fachhochschulabschlüssen) einbezogen. In einigen Hochschulen wurden inzwischen Bachelor-/Master-Studiengänge eingeführt. Ferner ist das Fach Soziologie Teil des Pädagogik-, des Medizin-, des Sport- und manchmal des Ökonomiestudiums. In einigen Hochschulen wird Soziologie außerdem als Lehramtsfach angeboten.

Das Fach Soziologie weist eine größere Diversifikation der Studienabschlüsse auf als Fächer, die nur mit einer Staatsprüfung (Jura, Medizin), einem Diplom (Wirtschaft, Technik) oder einem Magister (Philosophische Fakultäten) abgeschlossen werden können. Ähnlich vielfältig sind wohl nur noch die Abschlussmöglichkeiten im Fach Pädagogik. Dies hat Folgen für die Wahrnehmung des Faches bei Arbeitgebern und in der Öffentlichkeit.

2.2 Studienverlauf und Studienerfolg

Insgesamt erwarben 1993-2001 an den Universitäten des Landes NRW bei weit gefasster Definition jährlich etwa 1000 Studierende einen sozialwissenschaftlichen Abschluss (Prüfungstatistik). Einen fachbezogenen Abschluss in Soziologie (Diplom, Magister) erwarben jährlich etwa 170 Absolventen, darunter 60 ein Diplom und 110 einen Magister. Einen fachbezogenen Abschluss in Politologie erwarben jährlich etwa 200, einen integrierten sozialwissenschaftlichen Abschluss etwa 220 Absolventen. Davon entfielen 165 auf ein sozialwissenschaftliches Diplom und 55 auf ein wirtschaftswissenschaftliches Diplom sozialwissenschaftlicher Richtung. Hinzu kamen noch 210 Absolventen von Kurzzeitstudiengängen (FH-Diplom für Sozialarbeit oder Sozialpädagogik, Diplom I. Sozialwissenschaften als Lehramtsfach schlossen in NRW jährlich etwa 200 Studenten ab. Hochgerechnet auf das Bundesgebiet ist mit jährlich etwa 5000 Absolventen zu rechnen. Im Vergleich zu Fächern wie Jura, Wirtschaft, Technik oder Medizin werden also nur geringe Absolventenzahlen erreicht: Die Sozialwissenschaften sind eine kleine Fächergruppe (etwa 2 % aller Absolventen).

Aufgrund von Befragungen durch HIS können einzelne Aspekte des Studienverlaufs von Sozialwissenschaftlern (Soziologie, Politikwissenschaft, Sozialwissenschaft, Sozialwesen an Universitäten) beleuchtet werden. Die bundesweite Studienabbruchuntersuchung für den Jahrgang 1999 hat für die Sozialwissenschaftler an Universitäten im Vergleich zu anderen Fächern die insgesamt höchste Abbruchquote (42 %) ergeben. Weitere 30 % haben einen Wechsel des Faches zu verzeichnen. Unter beiden Gruppen könnten sich auch „Pseudo-Einschreibungen“ befinden, die lediglich im Hinblick auf den Studierenden-Status erfolgt sind. Allerdings gewinnen die Sozialwissenschaften durch Fachwechsel aus

anderen Fächern (39 %) per Saldo mehr hinzu, so dass insgesamt die Schwundbilanz nur 33 % beträgt. Zum Vergleich: Der Studienabbruch im Sozialwesen der FH ist gering (6 %); ebenso ist ein Fachwechsel selten.

Dies deutet darauf hin, dass die Sozialwissenschaften ein diffuses Erscheinungsbild bieten und es an entsprechend klarer Studienorientierung mangelt. Hier ist eine bessere Darstellung der Soziologie und ihrer Studieninhalte angezeigt.

Noch nicht abgeschätzt werden können die Auswirkungen der Einführung von Studiengebühren auf den Fachwechsel, die Abbruchquoten und die Studiendauer.

2.3 Hochschulzulassung

Hochschulen dürfen in NC-Fächern künftig vermehrt selbst Studierende auswählen. Aufgrund der 7. Novelle des HRG und der entsprechenden Änderung des Hochschulgesetzes dürfen z.B. in NRW Hochschulen (nach Abzug der Sonderquoten für soziale Härtefälle, Zweitstudium und Ausländer) 60 Prozent ihrer Studienplätze selbst vergeben. Es wird angestrebt, diese Auswahlregeln auch auf Studiengänge mit lokalem NC anzuwenden. Die detaillierte Ausgestaltung der Verfahren bleibt den Hochschulen überlassen. Eine entsprechende Umstellung könnte eine Senkung des Anteils der Studienanfänger bewirken, die nur zur Orientierung Sozialwissenschaften studieren. Allerdings haben solche Auswahlverfahren möglicherweise unerwünschte Konsequenzen im Hinblick auf die herkunftsbedingte Chancengleichheit. Darüber hinaus scheuen viele Hochschulangehörige den Aufwand bei solchen Verfahren. Trotzdem sollten die Institute überlegen, ob über Auswahlverfahren die Studienmotivation verbessert und die Abbrecherquoten gesenkt werden können.

2.4 Tätigkeitsfelder von Sozialwissenschaftlern

Die Ergebnisse der bundesweiten Absolventenbefragung des Jahrgangs 1997 durch HIS zeigen für Sozialwissenschaftler ein breites Spektrum an beruflichen Tätigkeiten:

- 25 % der Absolventen arbeiten im Bereich Medien,
- 10 % im Bereich Verbände/Kirchen,
- 9 % im Bereich Gesundheit/Soziales,
- 8 % im Bereich Weiterbildung,
- 7 % in der öffentlichen Verwaltung,
- 6 % im Bereich Produzierendes Gewerbe,
- 6 % im Bereich Handel/Finanzen,
- 19 % im Bereich sonstige Dienstleistungen,
- 10 % in der Wissenschaft.

In den unterschiedlichen Berufsfeldern finden sich vielfach Beratungstätigkeiten (Organisationsberatung, Personalentwicklung), welche auf eine besondere Vermittlungskompetenz von Sozialwissenschaftlern hinweisen.

Absolventenbefragungen aus jüngerer Zeit befassten sich mit der Frage des Berufseinstiegs von Sozialwissenschaftlern¹. Danach kann sich die überwiegende Mehrheit der Absolventen eher früher als später in den Arbeitsmarkt integrieren. In den Untersuchungen

1 s. zuletzt Sozialwissenschaften und Berufspraxis Heft 1-2/2002 und Heft 2/2004.

werden auch verschiedene Faktoren beleuchtet, die den Berufseinstieg positiv beeinflussen (z.B. Mitarbeit in Projekten der empirischen Sozialforschung).

Nach einer Studie auf Basis der Mikrozensen 1989, 1993, 1996 und 2000 für die Erwerbstätigen gilt folgendes: Obwohl das Studium der Sozialwissenschaften nur eine geringe Berufsfeldprägnanz aufweist, kann die berufliche Situation der Absolventen in den meisten Dimensionen als für Akademiker durchschnittlich bezeichnet werden. Sozialwissenschaftler sind jedenfalls alles andere als eine auffällige Akademikergruppe hinsichtlich des Einkommens, der Arbeitszeit, niveauadäquater Beschäftigung, des Berufsprestiges, der Art des Vertrags und der Stellung im Beruf. In der Tendenz des Untersuchungs Jahrzehnts zeigt sich zudem, dass sich gerade die geringe Berufsfeldprägnanz der Ausbildung für Sozialwissenschaftler auf einem schnell sich wandelnden Arbeitsmarkt zunehmend weniger als Nachteil, sondern eher als Vorteil erweist (Glöckner 2004).

Das Tätigkeitsfeld ist bei Sozialwissenschaftlern im Vergleich zu anderen Akademikern am heterogensten, was auf eine hohe berufliche Flexibilität hinweist. Das Studium ermöglicht den Absolventen offenbar, sich ein breiteres Tätigkeitsfeld zu eröffnen als dies für andere Akademikergruppen der Fall ist. Dabei zeigt sich, dass Sozialwissenschaftler häufig auch in Kategorien anzutreffen sind, die nicht ohne weiteres vermutet wurden. Allerdings ist ungeklärt, ob die Studieninhalte oder eher die Studienorganisation zu dieser Flexibilität geführt haben. Denn Soziologen können nicht nur breit gespannte Tätigkeitsfelder ausfüllen, sondern sind auch dazu genötigt. Soziologie ist eben keine Berufsausbildung, sondern eine allgemeine Qualifizierung, die für viele oder auch gar keine Berufe qualifiziert. Die meisten Studierenden wissen dies vermutlich, aber sie nehmen diesen vermeintlichen Mangel auf sich, weil sie intrinsisch motiviert sind. Es bleibt abzuwarten, ob die Umstellung des Studiensystems hieran etwas ändert.

Eine starke Konzentration auf ein bestimmtes Tätigkeitsfeld lässt auf eine begrenztere Flexibilität und damit auf eine verminderte Anpassungsfähigkeit schließen. Während sich die Absolventen anderer Fachrichtungen an eine neuartige Situation gewöhnen bzw. veränderten Anforderungsprofilen nachkommen müssen, ergeben sich keine vollständig neuen Herausforderungen für die Sozialwissenschaftler. Gleichwohl sollte überlegt werden, wie Erfahrungen und Anforderungen der Berufspraxis bei der Gestaltung der Studienangebote berücksichtigt werden können.

2.5 Studienreform

Es gab vielfache Bemühungen zur Studienreform: Die Empfehlungen der KMK/HRK-Studienreformkommission Politikwissenschaft/Soziologie von 1985 zielten auf eine Verbesserung des Praxisbezugs des Studiums. Bemerkenswert ist, dass diese Empfehlungen das Nebeneinander von Magister- und Diplomstudiengängen nicht in Frage stellten und zu den integrierten Studiengängen nicht Stellung nahmen. Es soll an dieser Stelle nicht darauf eingegangen werden, warum die damaligen Empfehlungen vielfach nicht umgesetzt wurden. Sie sind aber im Hinblick auf die anstehende Änderung des Studiengangsystems wieder aktuell, auch wenn bisher die Entwicklung gestufter Studiengänge nur zögerlich verläuft. Dabei ist die Frage der Umstellung der Studienstruktur im Zuge des Bologna-Prozesses politisch entschieden: Bis zum Jahre 2010 sollen alle Studiengänge in Europa umgestellt sein. Durch die Etablierung der neuen Studiengänge wird das deutsche Hochschulsystem stark verändert. Entsprechend unterschiedlich sind die Erwartungen und Be-

fürchtungen: Führt der Bachelor zu einer Verschulung und zur Niveausenkung? Bietet er eine Chance für diejenigen, die sonst ohne Abschluss die Hochschule verlassen müssen? Führt der Master zu einer Qualitätsverbesserung im Vergleich zum bisherigen Diplom oder Magister?

Bei der Entwicklung der Inhalte der Studiengänge geht es neben der Anpassung an internationale Standards um Fragen der Verwertbarkeit und Effizienz bezogen auf den Arbeitsmarkt. Die Frage der Differenzierung stellt sich somit aktueller denn je: Zwar haben bisher nur wenige Institute ihre Diplom- und Magisterstudiengänge auf das Bachelor-/Master-System umgestellt. Aber diese Fälle zeigen bereits eine sehr unterschiedliche Stellung der Soziologie als eigenständiges Fach oder sozialwissenschaftliches Teilfach. In Zukunft wird es Bachelorstudiengänge für Sozialwissenschaft, Soziologie, Politikwissenschaft, aber auch für eine spezielle Soziologie oder ein spezielles Aufgabenfeld geben.

Zu diskutieren sind u. a. folgende Fragen:

- Wird das Hauptfachstudium Soziologie beibehalten oder in sozial-, wirtschafts- bzw. kulturwissenschaftliche Studiengänge integriert?
- Welche Maßnahmen zur Förderung der Studierendenmobilität sind erforderlich? Zu befürchten ist, dass die bisher schon große Heterogenität der Studienmodelle in den Sozialwissenschaften nach der Umstellung weiter zunehmen und die Mobilität erschweren wird.

Letztlich geht es zur Legitimation gegenüber der Gesellschaft darum, ein erkennbares außeruniversitäres Berufsprofil herauszubilden. Dabei ist jedoch zu beachten, dass gerade die Qualitäten, mit denen sich Sozialwissenschaftler vom Rest der Akademiker abgrenzen, bewahrt bleiben. So sind es vor allem die sogenannten Vermittlungsfunktionen, in denen Sozialwissenschaftler eingesetzt werden (s. Kromrey 1999, S. 52: Tab. 6). Die Möglichkeit, sich innerhalb des Studiums Eigenschaften wie Flexibilität, Kreativität und analytische Fähigkeiten anzueignen, ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass sich Sozialwissenschaftler auf dem Arbeitsmarkt behaupten können.

In diesem Zusammenhang ist auf eine wichtige Änderung der Rahmenbedingungen hinzuweisen: Bisher wurde die Einführung und Änderung von Studiengängen von den Ministerien genehmigt. Die neuen Studiengänge werden jedoch von Agenturen akkreditiert. Diese Agenturen setzen Fachgutachter ein, die nicht nur aus den Hochschulen, sondern auch aus der Berufspraxis rekrutiert werden müssen. Im Hinblick darauf, dass nur ca. 10 % der Sozialwissenschaftler in der Wissenschaft arbeiten, ist eine Einbeziehung von Vertretern der Berufspraxis bzw. des Berufsverbandes bei den Akkreditierungsverfahren auch sinnvoll. Ein Soziologieprofessor, der in jedem Studierenden nur einen potenziellen Nachfolger sieht, sollte akzeptieren, dass diese Sichtweise an der Berufswirklichkeit von 90 Prozent der Soziologen vorbeigeht. Das Soziologiestudium sollte daher auch auf Tätigkeiten außerhalb der Hochschule vorbereiten.

Einige Antworten können Hochschulen geben, die bereits Erfahrungen mit der Umstellung des Studiengangsystems gesammelt haben. So hat bei der Universität Düsseldorf die Umstellung bisher folgende Ergebnisse gebracht:

1. Es gibt jährlich etwa 120 Absolventen im BA/MA-Studiengang (seit 1999).
2. Das neue System hat zu einer erheblichen Reduktion von Abbrecherquoten und zu einer wesentlichen Beschleunigung des Studiums beigetragen: Die Schwundquote

liegt unter 10 Prozent. Die Abschlüsse in der Regelstudienzeit liegen nach 6 Semestern über 70 Prozent.

3. Es gibt ein dreimonatiges Pflichtpraktikum, das sich gut in den Studienverlauf integrieren lässt. Es gibt weitere Praxisanteile wie Berufsfeldkurse und die Vermittlung von Schlüsselqualifikationen.
4. Das empirisch-fachliche Profil ist trotz Verkürzung der Studienzeit und trotz Praxisanteilen hoch: 2 Vorlesungen Erhebungsverfahren, 2 Vorlesungen Analyseverfahren sowie 4 SWS Lehrforschungsprojekt. Man kann also alle drei Anforderungen erreichen: Verkürzung, Praxis und hohes Niveau in der fachlich-methodischen Ausbildung.
5. Die Chancen der BA-Absolventen bei der Bewerbung zu in- und ausländischen sozialwissenschaftlichen Masterprogrammen sind auch bei internationalen Spitzenuniversitäten sehr gut.

Fazit: Die Soziologie sollte bei der Anpassung an die neuen Studienstrukturen nicht so zögerlich sein, sondern diese als wichtige Chance für das Fach begreifen.

3 Forschung

3.1 DFG-Programme

Die DFG (Deutsche Forschungsgemeinschaft, www.dfg.de) ist eine Selbstverwaltungseinrichtung der Wissenschaft. Die Förderung von Forschungsvorhaben unterliegt damit anderen Spielregeln als die Förderung durch Ministerien. Die Förderung durch die DFG gilt als Qualitätsindikator für die Forschung von Hochschulmitgliedern. Die Sozialwissenschaften werden im Vergleich zu anderen Fachgebieten von der DFG nur schwach gefördert.

3.2 Forschungsranking

In der Öffentlichkeit wird vermehrt die Exzellenz von Fachbereichen diskutiert. Das Centrum für Hochschulentwicklung CHE (www.che.de) misst den Forschungserfolg nicht nur an den Drittmitteln, sondern auch an der Reputation in der Fachwelt, an den Promotionen und den Publikationen. *Sternberg* und *Litzenberger* (2005) haben die Forschungsleistung der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln im Vergleich zu neun anderen Hochschulen ermittelt: Ziel der Untersuchung war die Quantifizierung des auf Zeitschriften bezogenen Forschungsoutputs. Zahlreiche Publikations- und Zitationsmaße auf Grundlage der SSCI-Datenbank wurden genutzt, um die komparativen Stärken und Schwächen der untersuchten Fächer an den Fakultäten zu identifizieren.

Gegen Forschungsrankings gibt es verschiedene methodische Einwände, z.B.:

- Drittmittel stammen zumeist von der DFG oder vom Bund: Da sozialwissenschaftliche Forschung kaum aus diesen Quellen finanziert wird, ist ein gutes Abschneiden im Vergleich zu anderen Fächern mit höherer Förderung kaum möglich, dies betrifft auch den Vergleich der Hochschulen innerhalb des Faches.

- Publikationen in englischsprachigen Zeitschriften sind in den Naturwissenschaften üblich. Da die Sozialwissenschaften bei den Publikationen noch vor allem national orientiert sind, sind Zitationsindices auf SSCI-Basis nur wenig als Maßstab geeignet.

Noch nicht ausdiskutiert sind Kriterien wie interne Kooperationen (z.B. fachübergreifende Institute), regionale Einbindung, hochschulübergreifende Netzwerke, Kooperationen mit außeruniversitären Instituten.

Wegen der methodischen Bedenken und im Hinblick darauf, dass die Korrelation zwischen den genannten Indikatoren nicht sehr hoch ist, ist eine zusammenfassende Betrachtung aller Indikatoren noch am sachgerechtesten. Zu den Spitzenhochschulen in der Soziologie bzw. Sozialwissenschaft gehören bei einer solchen summarischen Betrachtung nach den Rankings von CHE, Focus und Sternberg/Litzenberger die Universitäten Bielefeld und Köln, die HU und die FU Berlin² sowie die Universitäten Freiburg, Mannheim und München.

3.3 Forschungspolitik

Bund und Länder haben sich im März 2004 darauf geeinigt, dass es zusätzlicher Maßnahmen bedarf, um den Wissensstandort Deutschland nachhaltig zu stärken. Bund und Länder streben eine Vereinbarung nach Artikel 91 b GG zur Förderung von Exzellenz an, die Maßnahmen enthält

- zur besonderen Förderung von Universitäten (Ansatzpunkt sind die profilbildenden Wissenschaftsbereiche der Hochschulen),
- zur besseren Verknüpfung von Hochschulforschung und Forschungsinstituten durch Forschungsverbünde (Exzellenzcluster),
- zur Verbesserung der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses (Graduiertenkollegs).

Bund und Länder haben sich im Grundsatz auf die Förderung von Exzellenz verständigt (10 Elite-Hochschulen, 30 regionale Forschungscluster, 40 Graduiertenkollegs). Bund und Länder wollen wettbewerbliche Verfahren organisieren, die mit zusätzlichen Mitteln ausgestattet werden sollen. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Es stellt sich die Frage, inwieweit die Soziologie von diesem Programm profitieren könnte.

3.4 Forschungsprofile

Der stärker werdende Wettbewerb sollte zu Überlegungen führen, wie die Hochschulen ihre Forschungsprofile schärfen können. Zunächst ist an thematische Bündelungen zu denken. So wollen in NRW die Soziologen bzw. Sozialwissenschaftler der Universitäten, Bielefeld, Köln und Bochum sich auf jeweils vier bis fünf Themen konzentrieren.

Das erste sozialwissenschaftliche Post-Graduierten-Programm in Deutschland war das Graduiertenkolleg Köln für Sozialwissenschaften; es nahm im Jahre 1989 mit einer Finanzierung durch die Stiftung Volkswagenwerk seinen Lehrbetrieb auf. Von der DFG geförderte sozialwissenschaftliche Graduiertenkollegs finden sich in NRW nur in der Universität Bielefeld. Die Bochumer Fakultät ist an zwei Graduiertenkollegs beteiligt.

2 Die Soziologie an der FU Berlin wird allerdings gegenwärtig abgewickelt.

Es stellt sich die Frage nach Kooperationen. So müsste überlegt werden, wie sich Institute und Forschungsinstitute zu größeren Forschungsverbänden zusammenschließen können, weil sonst die Chancen einer finanziellen Förderung durch DFG, BMBF und EU immer schlechter werden.

4 Organisation, Personal und Mittel

4.1 Organisation

Die Soziologie und andere sozialwissenschaftliche Fächer sind organisatorisch unterschiedlich zugeordnet: Entweder besteht eine eigene Fakultät, oder das Fach ist der Philosophischen Fakultät bzw. der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät oder beiden Fakultäten zugeordnet. Außerdem sind einzelne Soziologieprofessuren auch anderen Fachbereichen zugeordnet (Pädagogik, Medizin, Sport). Am Beispiel des Landes NRW soll verdeutlicht werden, wie unterschiedlich die organisatorische Zuordnung des Faches ist: Eigene Fakultäten für Sozialwissenschaft bzw. Soziologie haben die Universitäten Bochum bzw. Bielefeld. An den Universitäten Bonn, Düsseldorf und Münster sowie an der TH Aachen sind die Institute für Soziologie jeweils innerhalb der Philosophischen Fakultät angesiedelt. In ähnlicher Weise ist an den Universitäten Duisburg-Essen, Siegen und Wuppertal die Soziologie geisteswissenschaftlichen Fachbereichen zugeordnet. An den Universitäten Köln und Dortmund ist die Soziologie den Wirtschaftswissenschaften und weiteren Fakultäten zugeordnet.

4.2 Personelle Ausstattung der Universitäten

Das Fach hatte nach dem zweiten Weltkrieg einen enormen Aufschwung zu verzeichnen: So ist den Empfehlungen der KMK/HRK-Studienreformkommission Politikwissenschaft/Soziologie von 1985 zu entnehmen, dass es im Jahre 1952/53 zehn Ordinariate für Soziologie in Westdeutschland gab. Die Zahl wuchs auf 23 Professuren im Jahr 1960 an (davon 19 H4). 1972 gab es 174, 1981 425 Professuren. Die Universitäten des Landes NRW haben aktuell 205 Professuren für Sozialwissenschaften, darunter:

- Soziologie (100)
- Politikwissenschaft (59)
- Methoden der empirischen Sozialforschung und Statistik (12)
- sonstige Sozialwissenschaften (34)

Durch den schnellen Aufbau der Soziologie in den 1970er Jahren wurden viele neue Professorenstellen eingerichtet, die nun zunehmend zur Wiederbesetzung anstehen. Da bei Stellenkürzungen freiwerdende Professorenstellen vorrangig zur Disposition stehen, steht das Fach Soziologie innerhalb der Hochschulen unter erheblichem Druck. Dabei liegt die Soziologie in vielen Hochschulen bereits an der Grenze zur Mindestausstattung (oder darunter). Die Empfehlungen der KMK/HRK-Studienreformkommission Politikwissenschaft/Soziologie von 1985 hielten eine Mindestausstattung von sechs Professuren für Soziologie bzw. fünf Professuren für Politikwissenschaft bei Diplomstudiengängen für notwendig, entsprechend weniger bei Magister- und bei integrierten Diplomstudiengängen.

4.3 Rechtliche Rahmenbedingungen: Berufung und Besoldung

Die Berufungsverfahren werden von den Ministerien auf die Hochschulen delegiert. So ist in vielen Ländern nur noch in bestimmten Einzelfällen eine Beteiligung des Wissenschafts- oder Finanzministeriums erforderlich.

Die Besoldungsreform für Hochschullehrer gilt ebenfalls ab 2005 (bundesweite Neuregelung). Die Regelung gilt für alle Neueinstellungen. Es gibt feste Grundgehälter der Professorinnen und Professoren nach den Besoldungsgruppen W2 und W3. Diese werden ergänzt um individuelle, variable Gehaltsbestandteile, die sich beispielsweise aus der Bewertung von Leistungen in der Lehre und/oder Forschung zusammensetzen. So können im Bereich der Lehre unter anderem Ergebnisse der Lehrevaluation oder die studentische Lehrveranstaltungskritik, in der Forschung Drittmittelwerbungen, Auszeichnungen, Erfindungen oder Patente etc. Grundlage für die Entscheidung über eine Leistungszulage sein. Über die Vergabe der leistungsbezogenen Gehaltsbestandteile entscheidet die Hochschule eigenständig im Rahmen ihres Budgets. Ob hiervon auch sozial- und geisteswissenschaftliche Professuren profitieren werden, ist wohl eher unwahrscheinlich.

4.4 Finanzielle Rahmenbedingungen: Mittelverteilung

Vom Staat wird den Hochschulen zunehmend Finanzautonomie eingeräumt (Globalhaushalt, Einführung des kaufmännischen Rechnungswesens etc.). Die Hochschulen erhalten einen Zuführungsbetrag ohne weitere Ausdifferenzierung (z.B. Bindung an zweckgebundene Titel) oder haushaltswirtschaftliche Auflagen (z.B. Stellenbesetzungssperren). Innerhalb dieses Rahmens können Hochschulen z.B. die Einstellung und Bezahlung von Professoren, den Kauf von Sachmitteln und Geräten selbst steuern. Bei der Bemessung der Zuführungsbeträge werden vom Staat zunehmend Outputgrößen zugrundegelegt, z.B. Absolventenzahlen und Drittmittelvolumen. Dadurch kommt es zu Umverteilungen zwischen den Hochschulen. In ähnlicher Weise verteilen die Hochschulleitungen die Finanzmittel auf die Fachbereiche. So werden von den Universitäten Sachmittel leistungsbezogen nach den Parametern Absolventen, Drittmittelausgaben, Promotionen, Zahl der Personalstellen und der Zahl der Studenten in der Regelstudienzeit verteilt. Kleinen Fächern wird in der Regel eine Mindestausstattung garantiert. Fächer mit überdurchschnittlicher Studiendauer, hohen Schwundquoten und geringen Drittmitteln (z.B. die Sozialwissenschaften) müssen sich auf diese veränderten finanziellen Rahmenbedingungen einstellen.

5 Evaluation und Controlling

5.1 Evaluation

In einigen Ländern hat eine Evaluation der Soziologie und anderer sozialwissenschaftlicher Fächer stattgefunden. Dazu wurden Evaluationsagenturen genutzt oder Expertenkommissionen eingesetzt. Untersuchungen wurden für Bremen, Hamburg, Niedersachsen, NRW, Sachsen, Potsdam und Rostock durchgeführt. Exemplarisch soll nachfolgend auf die Ergebnisse eingegangen werden.

Die Hochschulen des Landes Hamburg wurden durch eine Expertenkommission begutachtet (Dohnanyi-Kommission). Die Kommission berechnet für das Jahr 2012 den gesellschaftlichen Bedarf an Absolventen in den einzelnen Studienfachrichtungen und gibt zur Deckung dieses Bedarfs Absolventenzahlen vor. Ein Herzstück der Reformvorschläge ist die Zusammenführung der über die Hamburger Hochschulen verteilten Studiengänge und Fächer in mehreren große "Sektionen". Dabei wird den Sozialwissenschaften neben ihrer Orientierung an den Wirtschaftswissenschaften (zur Unterstützung der Entwicklung der Stadt) auch eine weitere Funktion im Rahmen der "Professional School für Soziale Arbeit" zugewiesen (Beiträge zur Lösung der umfangreichen Probleme einer modernen Großstadt wie Drogenproblematik oder Kriminalität).

Die Hamburger Kommission hat offenbar ein anderes Grundverständnis von den Aufgaben der Sozialwissenschaften und kommt daher zu anderen Evaluierungsergebnissen als die Kommissionen für Niedersachsen und Sachsen. Nach dem Hochschuloptimierungskonzept des Landes Niedersachsen sollen wegen finanzieller Engpässe des Landes einzelne Hochschulen geschlossen bzw. Studiengänge eingestellt oder umgestellt werden. Kriterien waren die Qualität (nachgewiesen durch Evaluation von Forschung und Lehre), die studentische Nachfrage, landespolitische Überlegungen im Verhältnis zu anderen Bundesländern und der Arbeitsmarkt. Die Zentrale Evaluationsagentur ZEva hat einen Evaluationsbericht zu den Sozialwissenschaften der Universitäten des Landes Niedersachsen vorgelegt. In dem Bericht wird darauf hingewiesen, dass das Studium der Fächer Soziologie und Politikwissenschaft nicht für ein fest definiertes Berufsbild, sondern für ein breites Spektrum von sich kontinuierlich wandelnden Tätigkeitsfeldern qualifiziert. Unverzichtbare Voraussetzungen für die erfolgreiche Tätigkeit in diesen Berufsfeldern sind daher ein breites Allgemeinwissen, fachliche Spezialisierungen, Sozialkompetenz sowie Basiskompetenzen im Bereich der Datenverarbeitung, empirischer Methoden und die Beherrschung von Fremdsprachen.

Evaluation soll allerdings nicht nur anlassbezogen und extern erfolgen. Die Hochschulgesetze der Länder schreiben hier zunehmend die regelmäßige Überprüfung von Forschung und Lehre vor. Die Ziele werden in Evaluationsordnungen der Hochschulen geregelt. Die Fachbereiche sind in der Regel selbst für die Durchführung der Verfahren zuständig (interne oder externe Evaluation). Als Instrumente werden z.B. Befragungen von Studierenden und Wissenschaftlern eingesetzt. In den Evaluationsberichten sollen die Stärken und Schwächen in Lehre und Forschung herausgearbeitet und Verbesserungsvorschläge entwickelt werden.

5.2 Hochschulkonzept NRW 2010: Steuerung durch Kennzahlen

In NRW wurden Strukturüberlegungen für alle Fächer und Hochschulen durch das Gutachten eines Expertenrates eingeleitet. Wegen der Heterogenität des Lehr- und Forschungsbereichs Sozialwissenschaften waren Empfehlungen aus landesplanerischer Sicht nach Auffassung des Expertenrates schwierig. Aufgrund der Empfehlungen des Expertenrates wurden einzelne Studiengänge durch Verordnung der Landesregierung mit Zustimmung des Landtags eingestellt. Die Umstrukturierungsmaßnahmen wurden fortgesetzt durch das sog. Hochschulkonzept 2010: Danach sind für bestimmte Fächer mit niedriger Auslastung und erheblichen Arbeitsmarktproblemen Reduzierungen der Studienplätze vorgesehen.

Die Fächer der Hochschulen werden innerhalb dieses Rahmens jeweils untereinander landesweit aufgrund von Kriterien des Lehrerfolgs (Absolventen je Wissenschaftler) bzw. des Forschungserfolgs (Drittmittel je Wissenschaftler) verglichen. Auf diese Weise identifizierte Stärken sollen durch die Hochschulen weiter gestärkt bzw. entsprechende Schwächen abgebaut werden. In NRW wird auf diese Weise das frühere Konzept der Regionalisierung (differenziertes Fächerangebot in der Fläche) abgelöst durch ein Konzept zur Konzentration der Fächer und fachlichen Profilierung der Hochschulen.

Das Konzept 2010 ordnet die Fächer bzw. Fachgruppen sog. Lehr- und Forschungsbereichen zu, die nach der KapVO-Systematik³ gebildet worden sind. Die Zusammenfassung von Fächern wie Soziologie, Politikwissenschaft und anderen sozialwissenschaftlichen Fächern zur Fachgruppe Sozialwissenschaften ist nicht unproblematisch, wenn die einzelnen Hochschulangebote aufgrund von Kennzahlen nach Kriterien des Lehr- und Forschungserfolgs bewertet werden; denn es handelt sich um eigenständige Fächer, die zwar manchmal (nicht immer) in der Lehre verknüpft sind, aber sich zumindest in Forschungsgegenstand und -methodik erheblich unterscheiden. Bei den verwendeten Statistiken muss zudem einschränkend auf die unterschiedliche fachliche Abgrenzung hingewiesen werden.

Trotz vieler methodischer Einwände lassen die Daten aber den Schluss zu, dass die Sozialwissenschaften generell hoch ausgelastet sind. Nach den Kennzahlen des Konzepts 2010 gibt es für die Sozialwissenschaften (Soziologie und Politologie) erhebliche Unterschiede beim Erfolg in der Lehre (Absolventen je Wissenschaftler) im Vergleich zwischen den Fächern und im Vergleich der Hochschulen untereinander. Hier entsteht ein erheblicher Entscheidungsdruck bei der Gestaltung der Studienbedingungen.

Ein funktionierendes Berichtswesen ist zentrale Voraussetzung für eine Steuerung. Hierzu dienen insbesondere die Leistungsdaten (Auslastung, Erfolg in Lehre und Forschung etc). Ebenso dienen dazu die Kosten- und Leistungsrechnung. Solche Daten können z.B. in vorher festgesetzte Wirkungen münden. Beispiel sind die Parameter für die erfolgsorientierte Mittelverteilung. Die Kennzahlen spielen im hochschulinternen Controlling eine Rolle. Als Instrument dient die Kostenrechnung. Nach Ergebnissen von HIS (Hochschul-Informationen-System, Hannover; www.his.de) sind die Lehrkosten für den Studiengang Sozialwissenschaften an Universitäten sehr niedrig, z.B. erheblich niedriger als bei natur- und ingenieurwissenschaftlichen Fächern, aber auch niedriger als für die Studiengänge Sozialwesen an Fachhochschulen. Die Studienplatzkosten sind an Fachhochschulen nahezu doppelt so hoch wie an Universitäten, was von der Tendenz her den Unterschieden in den zugrunde liegenden Planungsgrößen (insbesondere den Curricularnormwerten, CNW) entspricht.

5.3 Zielvereinbarungen: Profilbildung

Welche Fächer konkret an einem Hochschulstandort abgebaut werden, ist offenbar eine Frage des jeweiligen Profils der Hochschule und der betroffenen Einrichtungen. Dabei scheint die Größe des Fachs eine besondere Rolle zu spielen. Wenn soziologische Institute

3 Verordnung über die Kapazitätsermittlung, die Curricularnormwerte und die Festsetzung von Zulassungszahlen (Kapazitätsverordnung KAPVO Verordnung über die Kapazitätsermittlung, die Curricularnormwerte und die Festsetzung von Zulassungszahlen; www.verwaltung.uni-wuppertal.de/law/kapvo.pdf)

geschlossen werden, hat dies möglicherweise auch mit der Einschätzung ihrer Qualität oder mit ihrem Ansehen zu tun. Dabei spielen Rankings eine Rolle.⁴

Die Konzentration der Fachbereiche auf weniger Hochschulstandorte wird vermutlich weitergehen. Dies entspricht dem neuen Ziel der Hochschulpolitik (Profilbildung, die Stärken stärken, Schwächen abbauen). Die Regionalisierungspolitik der 1970er Jahre (breites Fächerangebot in der Fläche) wird zunehmend aufgegeben. Es ist davon auszugehen, dass die Profile der Hochschulen künftig stärker mit den Kompetenzfeldern der Wirtschaft und der Forschungseinrichtungen auf Landesebene und regional abgestimmt werden.

Die Ministerien ziehen sich aus Einzelentscheidungen zurück (z.B. Studiengangsgenehmigungen, Berufungen). Stattdessen erfolgt die Steuerung über Zielvereinbarungen. Die Zielvereinbarungen bilden den Rahmen für die weitere Entwicklung der Hochschulen. Sie sind ein entscheidender Schritt bei der Profilierung der Hochschulen. Für die Hochschule bietet die Zielvereinbarung neben Planungssicherheit und Transparenz mehr Spielraum zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Hochschulen. Die Zielvereinbarungen definieren, wie die vorhandenen Stärken der einzelnen Hochschulen ausgebaut bzw. Schwächen abgebaut werden können, um neue Schwerpunkte in Forschung und Lehre zu bilden. Die Verantwortung für die Umsetzung liegt bei den Hochschulen, die neben einer größeren Finanzautonomie künftig mehr Kompetenzen erhalten, die ihr ein selbstständiges Handeln ermöglichen. Die Zielvereinbarungen werden daher konkret und detailliert an das jeweilige Hochschulprofil angepasst sein müssen. Ferner sind Pflichten zur Berichterstattung über die Erreichung der Ziele zu vereinbaren.

Nachzufragen wäre, wie die Hochschulleitungen bei den Zielvereinbarungen auch jene Fachbereiche beteiligen, für die diese fundamentale Auswirkungen haben. Welche Mittel stellt die jeweilige Hochschule den Fachbereichen zur Verfügung, damit diese ihre „Verpflichtungen“ umsetzen können? In einigen Hochschulen gibt es hierzu interne Zielvereinbarungen zwischen Rektorat und Fachbereichen.

Die Unterschiedlichkeit von Lehre und Forschung nach fachlichen Schwerpunkten und organisatorischer Zuordnung bietet der Soziologie Chancen zur Profilierung.

6 Handlungsfelder

6.1 Künftiger Stellenwert des Fachs Soziologie

Das Angebot an sozialwissenschaftlichen Studiengängen wird stärker durch Kürzungsmaßnahmen beeinträchtigt als die sozialwissenschaftlichen Fachbereiche noch vor wenigen Jahren erwartet haben. In einzelnen Fällen haben BDS bzw. DGS gegen die Schließung von Studiengängen bzw. Instituten (ohne Erfolg) protestiert.

Die Kürzungsmaßnahmen gehen auf Vorschläge von Kommissionen, Entscheidungen der Landesregierungen oder der Hochschulleitungen zurück. Ob eine Hochschule oder ein bestimmter Fachbereich überhaupt von Kürzungsmaßnahmen betroffen ist, scheint weniger von der Entscheidungsebene oder der parteipolitischen Konstellation als von der

4 Ein Gegenbeispiel ist jedoch das Institut für Soziologie an der FU Berlin, das trotz anerkannter guter Leistungen und trotz sehr guter Ranking-Platzierungen aus rein fiskalischen Überlegungen geschlossen wird.

Finanzlage des Landes und vom Stellenwert des Faches in einer Hochschule abhängig zu sein. Es gibt auch keinen signifikanten Unterschied zwischen alten und neuen Bundesländern.

Wenn bestimmte Fächer gestrichen werden, geschieht dies nicht mit Blick auf den Umfang des möglichen Einsparvolumens oder die Studienplatzkosten (schlecht ausgelastete teure Natur- und Ingenieurwissenschaften werden selten abgebaut). Hier sind die Fachvertreter der Soziologie gefordert, wesentlich offensiver die sich in diesen Kürzungen widerspiegelnden gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen zu thematisieren und dabei dem Zeitgeist entsprechend auch ökonomisch zu argumentieren.

Streichungen von Studienangeboten werden im Wesentlichen mit der Auslastung des Fachbereichs, dem fachspezifischen Absolventenbedarf und mit der Qualität/Mindestausstattung eines Fachbereichs begründet. Die Soziologie ist von Kürzungsmaßnahmen im Vergleich zu Jura, BWL, Natur- und Ingenieurwissenschaften stärker betroffen, wenn auch kaum stärker als andere Geisteswissenschaften. Über die Gründe sollte man nachdenken. Eine mögliche Begründung liegt in dem *vermuteten* fehlenden Bedarf: So werden z.B. Soziologie und Geschichte offenbar als weniger nützlich angesehen als etwa Chemie, Elektrotechnik, Jura oder BWL. Am deutlichsten hat dies die Dohnanyi-Kommission für Hamburg formuliert.

Die Politik muss sich folgenden Fragen stellen:

- Welche Rolle misst sie dem Fach Soziologie bei? Soll mehr der aufklärerisch-kritische Aspekt gefördert werden? Oder soll die empirische Richtung mit Anknüpfung an die Wirtschaftswissenschaften gefördert werden? Oder überlässt man diese Ausrichtung den Hochschulen?
- Wie ist der künftige Stellenwert der Sozialwissenschaften in der Lehrerbildung?
- Kann/soll/muss die Vielfalt der Abschlussarten und Fächerkombinationen auch angesichts der gewollten Umstellung auf BA/MA-Studiengänge beibehalten werden? Falls nicht: Welchen Stellenwert haben dann die Fächer? Konkret: Gibt es einen soziologischen oder einen sozialwissenschaftlichen Bachelor oder beides? Wie grenzen sich diese Abschlüsse zu den Abschlüssen für Soziale Arbeit ab?
- Gibt es quantitative Eckpunkte (z.B. Mindest- bzw. Maximalausstattung der Fächer)? Kann der Curricular-Normwert heraufgesetzt werden, um eine gute Qualität der Bachelorausbildung anbieten zu können?
- Wie können die Rahmenbedingungen für die Forschung verbessert werden (Kooperation mit außeruniversitären Instituten, Forschungsverbände, Graduiertenkollegs)?

6.2 Selbstorganisation des Faches

Die Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS) hat im Herbst 2004 eine bundesweite Fragebogenaktion durchgeführt, die zu einer Überarbeitung der Ergebnisse der eingangs erwähnten Untersuchung führen wird. Unabhängig davon können regionale Gespräche mit den Dekanen oder Fachgruppensprechern der Hochschulen weiterführen. Die DGS ist als wissenschaftliche Vereinigung aufgrund ihres Selbstverständnisses und ihrer Mitgliederzahl offenbar bisher nicht in der Lage, professionell auf hochschulpolitische Entwicklungen zu reagieren (man vergleiche z.B. die Aktivitäten der DGS mit den Aktivitäten der

DPG oder GI). Ein zeitgemäßes Verbandsmanagement – über Kongresse und Sektionsarbeit hinaus – tut not.

Dabei könnte auch eine Verbesserung der Zusammenarbeit mit dem BDS helfen. Allerdings ist die (ausschließlich ehrenamtliche) Arbeitskapazität des BDS begrenzt. Sie wird schon im Hinblick auf die unterschiedlichen Quantitäten nicht der Lobbyarbeit z.B. des VDI nacheifern können. Die Funktion des BDS könnte darin bestehen, auf den Praxisbezug der Soziologie hinzuweisen und Verbesserungsvorschläge zu entwickeln (Förderung entsprechender Entwicklungen in den Fachgruppen: Fokussierung der gesellschaftlichen Relevanz soziologischen Wissens auf den eigenen Tagungen und durch Beiträge bei fremden Veranstaltungen). Eine mögliche Verbesserung der Situation könnte durch eine stärkere Zusammenarbeit von Praktikern mit den Fachbereichen erreicht werden. Auch könnten zu den Alumni-Vereinen stärkere Kontakte hergestellt werden.

Die Frage stellt sich pragmatisch, welche Interessenlagen in welchen maßgeblichen Institutionen in welcher Form wie überzeugt werden können. Wie sind die unterschiedlichen Interessenlagen, Befindlichkeiten und Zuständigkeiten erfolgreich zusammenzuführen? Hier könnte ein Blick auf das Nachbarfach Politikwissenschaften weiterhelfen. Auch eine hochschulartenübergreifende Zusammenarbeit sollte überlegt werden. So wurde angeregt, zur Soziologie an den Fachhochschulen Kontakt aufzunehmen, denn diese hat Erfahrungen im Umgang mit der Praxis (Soziale Arbeit).

7 Resümee

In den deutschen Hochschulen hat eine tief greifende Umbruchphase begonnen. Der Soziologie steht wie anderen Geisteswissenschaften innerhalb des Hochschulsystems ein Verteilungskampf bevor, für dessen Spielregeln sie noch wenig gerüstet scheint. Solange Soziologie in der öffentlichen Wahrnehmung allerdings nicht stattfindet, wird sich kaum gesellschaftlicher Bedarf an Soziologie artikulieren. Hier sollte „die Soziologie“ über ihr Selbstverständnis nachdenken und Aktivitäten entwickeln.

Literatur

- Becker-Richter, Marion; Habel, Edna; Rinke, Bernhard; Tegethoff, Hans Georg, 2002: Evaluation von Studium und Lehre. Verfahren- Methoden - Erfahrungen. Opladen.
- Berger, Roger; Kriwy, Peter, 2004: Wer verdient wieviel? Eine Analyse des Verdienstes von Münchener Soziologieabsolventen. In: Sozialwissenschaften und Berufspraxis, Jg. 27, H. 2, S. 133-154
dieselben: Erfolgsfaktoren im Beruf bei Münchner Soziologieabsolventen. www.soziologie.uni-muenchen.de/absol2.pdf (10. Oktober 2002).
- Centrum für Hochschulentwicklung, 200: Das CHE Forschungsranking deutscher Universitäten 2004. Auszug aus dem Arbeitspapier Nr. 62 vom 10. Februar 2005, überarbeitet 4. März 2005. www.che.de/downloads/che_forschungsranking_soziologie_2002.pdf
- Deutsche Forschungsgemeinschaft DFG: Liste der Sonderforschungsbereiche. www.dfg.de/forschungsfoerderung/koordinierte_programme/sonderforschungsbereiche/liste/sfb_gesamt.html
- Expertenrat im Rahmen des Qualitätspakts NRW, 2001: Abschlussbericht, Münster, 20. Februar 2001. www.mwf.nrw.de/hochschulen_in_nrw/qualitaetspakt/abschlussbericht/index.html

- Glöckner, Ulf, 2004: Absolventen sozialwissenschaftlicher Studiengänge auf dem Arbeitsmarkt: Tätigkeitsfelder und beruflicher Erfolg, Berlin (Diplomarbeit, Inst. für Soziologie der FU Berlin)
- Habenicht, Karin; Ortenburger, Andreas; Tegethoff, Hans Georg, 2003: BISS - Berufsfeldorientierung im Sozialwissenschaftlichen Studium. Ein Leuchtturmprojekt an der Fakultät für Sozialwissenschaft, Ruhruniversität Bochum, Diskussionspapiere zur Studienreform 6.
- Heinemann, Manfred; Schreiber, Hans-Ludwig (Hg.), 1996: Hochschulerneuerung im Freistaat Sachsen. Bericht der Sächsischen Hochschulkommission über ihre Tätigkeit 1991-1993, Dresden.
- Heublein, U.; Schmelzer, R.; Sommer, D.: Studienabbruchstudie 2005, HIS-Kurzinformation A1/2005. www.his.de/pdf/Kia/kia200501.pdf
- Knoll, Thomas, 2002: Soziologie an deutschen Universitäten – empirische Ergebnisse einer Online-Befragung, in: Stockmann, Reinhard et al.: Soziologie im Wandel, Opladen
- Kommission zur Strukturreform der Hamburger Hochschulen, 2003: Strukturreform für Hamburgs Hochschulen (Empfehlungen der Hochschulstrukturkommission, Januar 2003) <http://fh.hamburg.de/stadt/Aktuell/behoerden/wissenschaft-gesundheit/service/publ-wissenschaft/strukturreform-fuer-hamburgs-hochschulen-kommissionsbericht-pdf,property=source.pdf>
- Kreuter, Frauke; Kopp, Johannes, 2002: Absolventenbefragung des Fachbereichs Politik- und Verwaltungswissenschaft der Universität Konstanz. www.ub.uni-konstanz.de/v13/volltexte/2000/521/pdf/absoll.pdf
- Kromrey, Helmut, 1999: Diplom-Soziologie – und was dann? In: D. Grünh (Hg.): Mit Praxisprogrammen das Berufsziel erreichen, Berlin (bds-papers 2/1999), S. 43-62. www.profkromrey.de/html/downloads.html
- Küffer, Anne-Cathérine; Rothe, Katja; Glöckner, Ulf; Körner, Tobias; Weiss, Markus, 2003: Tätigkeitsfeld und berufliche Situation von Sozialwissenschaftlern. Beitrag zur 3. Nutzerkonferenz „Forschung mit dem Mikrozensus: Analysen zur Sozialstruktur und zum Arbeitsmarkt“, 9./10. Oktober 2003, ZUMA, Mannheim. www.wz-berlin.de/ow/into/pdf/rothe_etal03.pdf
- Ständige Kommission für die Studienreform HRK / KMK, Politikwissenschaft/Soziologie, 1985
- Sternberg, Rolf; Litzenberger, Timo, 2005: Die Forschungsleistung der Soziologie an zehn deutschen Universitäten. Ein bibliometrischer Vergleich auf Basis des Social Science Citation Index (SSCI). In: Soziologie, Jg. 34, H. 2, S. 174-190
- Wissenschaftliches Sekretariat für die Studienreform, 2003: Studienerfolg 2001. Kennzahlen der Absolventinnen und Absolventen nordrhein-westfälischer Hochschulen, Bochum, März 2003
- Zentrale Evaluations- und Akkreditierungsagentur Hannover ZevA, 2003: Evaluationsbericht der Sozialwissenschaften Niedersachsen. www.zeva.uni-hannover.de/evaluation/EVA_Berichte/SoWi_Kurzf.htm

Uwe Marquardt
Humboldtstr. 72
D-40237 Düsseldorf
Tel.: +49 211 665481
eMail: uc.marquardt@t-online.de

Uwe Marquardt hat in Aachen und Bochum studiert (Abschluss 1969 als Dipl.-Sozialwiss.). Er war im Ministerium für Wissenschaft und Forschung NRW von 1971 bis 2005 in verschiedenen Aufgabengebieten tätig und hat u.a. bis 1976 die Themen Hochschulkapazitäten und Bildungsökonomie bearbeitet.

